

## Bundestagswahl 2005

### Gründung der „Wählerinitiative Biokraft- und Treibstoffe + PV“

Liebe **Biokraftstoff-, Biogas- und PV-Freunde**,

der Bundestagswahlkampf hat begonnen. Am 18. September entscheidet sich unsere neue Regierungszusammensetzung.

Mit großem Erfolg haben wir alle mit Hilfe weit blickender Politiker in den letzten 10 Jahren den Biokraftstoff-, Biogas- und den PV-Bereich in Deutschland aufgebaut und politisch durch das **EEG**, die **Mineralölsteuerbefreiung** für Biokraftstoffe sowie das **Energiewirtschaftsgesetz** gefestigt. Wir alle wollen, dass die deutsche Abhängigkeit vom Erdöl und Erdgas schnell weiter reduziert und der rasante Preisanstieg der Energiekosten mittelfristig mit Hilfe von Erneuerbaren Energien gebremst wird.

Da Erdöl und Erdgas nur noch 35-40 bzw. 40-45 Jahre verfügbar sind und sich schon bald aufgrund der stetig wachsenden Nachfrage aus Asien schnell weiter verteuern werden, müssen wir unsere Alternativen im **Erneuerbaren Kraft-, Heiz-Treibstoff und PV-Bereich**, die bereits heute direkt und indirekt mehr als **200.000** innerdeutsche **Arbeitsplätze** geschaffen und **ein Potenzial von weit über 500.000 neuen Arbeitsplätzen** in Industrie, Gewerbe und in Landwirtschaft haben, weiter ausbauen.

#### **Biokraft- und Treibstoffe:**

Pflanzenöl, Biodiesel, Bioethanol, Biogas, Biomethan, Synthesekraftstoffe sowie regenerativer Wasserstoff sind die einzigen Alternativen zum Erdöl bzw. Erdgas und bedürfen nur noch wenige Jahre der steuerlichen Begünstigung, um wettbewerbsfähig gegenüber den fossilen Ressourcen zu sein. Es müssen alle Anstrengungen auch **zukünftig durch die Politik** unternommen werden, um das **Wachstum der Branche Biokraft- und Treibstoffe auszubauen** und den Anteil dieser in der Mischung mit den Erdöl- und Erdgaskraftstoffen stetig zu erhöhen.

Hierin entscheidet sich schon in wenigen Jahren die **Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland**.

Wir gehen davon aus, dass **ab 2010 Biokraft- und Treibstoffe auch ohne nennenswerte Förderung wettbewerbsfähig** sind und den Kostenanstieg im Energiemarkt bremsen werden. Bis dahin muss aber unbedingt sichergestellt sein, dass deren Ausbau gefördert wird und die Mineralölsteuerbesserstellung immer einen deutlichen Investitionsanreiz für diese Branche schafft.

Die derzeitige Ankündigung der Bundesregierung, schon bald Biodiesel zu besteuern, kommt zu früh und ist ein völlig falsches Zeichen für laufende Investitionsvorbereitungen und für bereits getätigte Investitionen, da diese sich erst in den ersten Abschreibungsjahren befinden. Vor Ende des Jahres 2009 lehnen wir jede Steueranpassung ab, da ansonsten das Risiko der Investition zu wenig gewürdigt wird. Hierbei sollte nie vergessen werden, dass vor der Steuerbefreiung für

Mischkraftstoffe am 01.01.2004 unsere Produzenten, die schon vorher investiert haben, verlustvolle Jahre hatten, die es gilt, zu kompensieren. **Unsere Forderung der Aufrechterhaltung der 100%igen Steuerbefreiung bis zum 31.12.2009** sowie deren Anpassung erst nach 2009 vorzunehmen, wird von zahlreichen Abgeordneten parteiübergreifend bereits heute mitgetragen. Der Ausbau der Pflanzenöl- und Biodieselwirtschaft muss durch politische Glaubwürdigkeit flankiert werden.

## **Photovoltaik**

Der **Anteil** des Solaren Stroms an der gesamtdeutschen Stromversorgung lag 2004 **unter 0,1%**. Trotz der heute noch im Verhältnis zur Windkraft und Biomasse relativ hohen Einspeisevergütung auf Grundlage des EEG kann **keiner** zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer nennenswerten Energiekostenerhöhung durch PV sprechen.

Die **dezentralste aller regenerativen Energiequellen ohne nennenswerte Stromnetzbelastung** ist zweifelsohne die **Photovoltaik**.

Schon heute ist PV nach EEG-Vergütungssätzen an einigen Standorten in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich, da die im EEG vorgesehene Degression von 5% p.a. nicht durch den technologischen Fortschritt in Jahresschritten kompensiert werden kann und derzeit weltweit Silizium knapp und teuer wie Erdöl ist. Wir erwarten von den von uns im Wahlkampf unterstützten Politikern Maßnahmen, die die **Wirtschaftlichkeit von PV-Anlagen sicherstellen**, und die Bereitschaft zur **Überprüfung**, ob die **EEG-Degression** den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht wird. Wenn sich der Siliziummangel als Hemmnis für Preissenkungen weiter verstärkt, fordern wir eine temporäre **Aussetzung der Degression**. Langfristig sehen wir in der Photovoltaik eine wichtige Kerntechnologie der dezentralen Wasserstoffproduktion mit H<sub>2</sub>-Einspeisung in deutsche Gasnetze, wie schon ab 2005 nach EnWG für GreenGas als schrittweise Ergänzung für Erdgas möglich.

PV hat in Deutschland ebenfalls eine enorme **Beschäftigungswirkung**. Bereits heute sind mehr als 20.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt in dieser Branche neu geschaffen worden. Bei einer Fortführung des EEG wird sich die Zahl auf **über 50.000** in 5 Jahren vervielfachen.

## **PV-Solare-Rente**

Das staatliche Rentensystem bietet aufgrund der demografischen Problematik der „umgekehrten Alterspyramide“ in Deutschland keine ausreichende Sicherheit für die direkte Altersvorsorge. Diese Situation wird sich – unabhängig, wer die neue Regierung stellt – schon schnell dramatisieren und in den nächsten Jahren zu realen Rentenkürzungen führen.

Bereits heute haben mehr als **200.000 deutsche Bürger** in PV-Anlagen investiert. Dies geschieht in Form von Investitionen auf eigenen Dächern oder in Form von „**PV-Rentenfonds**“ bzw. von „**Bürgersolarfonds**“ in Stadt und Land.

Die Photovoltaik ist regional und für jedermann begreifbar und fassbar. Die Verzinsung der PV-Anlageninvestitionen beträgt derzeit sicher 5-7% auf Basis des

EEG's für mindestens 20 Jahre fix. Somit ist die **Photovoltaik heute eine solide Alternative in der individuellen Altersvorsorge** mit hohem Beliebtheitsgrad und Vertrauen geworden. Zahlreiche Firmen, aber auch Kommunen bauen derzeit eine regionale Altersvorsorge mit Hilfe der PV auf Grundlage der EEG-Sicherheit auf.

Bei sicherer Fortführung des EEG's und der beschriebenen Maßnahmen können langfristig über 5 Mio. Bürger im PV-Altersvorsorgesystem den Ausgleich finden, der von der staatlichen Vorsorge nicht mehr getragen werden kann. Es sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass das EEG nicht vom Staat, sondern von seinen Bürgern finanziert wird, die heute ihren **Arbeitsplatz** und morgen ihre **Rente** abgesichert haben möchten.

Die Photovoltaik wird mittelfristig immer nur einen minimalen Bruchteil unserer Gesamtstromversorgung liefern und deshalb nie signifikant den Standort Deutschland aus der Sicht der Energiekosten beeinflussen. Die **Solare Rente aus PV** soll durch von uns unterstützte Abgeordnete im Wahlkampf aktiv unterstützt werden.

### **Biogas/Biomethan**

Vor drei Wochen trat das novellierte Energiewirtschaftsgesetz in Kraft. Erstmals wird in Deutschland die **Einspeisung von Biogas** in Ergasqualität – **GreenGas** genannt – gesetzlich **möglich**.

GreenGas ist ab sofort in Deutschland unter bestimmten Bedingungen wirtschaftlich dezentral, das heißt unabhängig vom Produktionsstandort, über einen Energietausch in neuen oder generalüberholten BHKW's nach EEG zu verstromen. Auch hier ist das **EEG** die derzeitige einzige wirtschaftliche Basis, die große Aufgabe der schrittweisen Substitution von Erdgas, welches auch in 40-45 Jahren verbraucht ist, endlich zu beginnen.

Unter Beachtung, dass heute weltweit der einzige wirtschaftliche Rohstoff zur Synthesekraftstoffherstellung Erdgas ist, wird die Bedeutung von GreenGas für Synthesekraftstoffe erst deutlich. Das heißt, **GreenGas** wird langfristig **eine wichtige wirtschaftliche Rohstoffquelle für die Bio-Synfuelproduktion in Mitteleuropa**.

Wir fordern deshalb von den von uns unterstützten Abgeordneten, für **GreenGas** wie folgt einzutreten:

- Beibehaltung des EEG's in den Positionen der Verstromung im Bereich der Biomasse, Klär-, Gruben- und Deponiegasen,
- Besserstellung von GreenGas in der Durchleitung, da die deutsche Eigenproduktion „Greengas“ nie physisch über lange Strecken geleitet und immer im eingespeisten Raum direkt verbraucht wird. Ferner werden die Importleitungskosten vor allem von russischem Erdgas direkt reduziert, was zur mittelfristigen Kostensenkung des Gaspreises führt.
- Besserstellung von GreenGas im EEG betreffend dessen Anwendung auch in bestehenden BHKW's, die derzeit unter enorm hohen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach KWKG arbeiten oder teilweise bereits stillgelegt sind.

Die „**Wählerinitiative Biokraft- und Treibstoffe + PV**“ ist von

**Peter Schrum und Martin Tauschke,  
Zum Wasserwerk 12 in 15537 Erkner**

als Privatpersonen und mittelständige Unternehmer, die selbst über 30 qualifizierte Mitarbeiter in den beschriebenen Bereichen beschäftigen, als Verein mit 5 weiteren Privatpersonen gegründet worden. Die Institutionen und Verbände, in denen die Gründer ehrenamtlich tätig sind, sind mit dieser Aktion nicht direkt in Verbindung zu bringen.

Unser Ziel ist es, die **Politiker**, die unsere Forderungen vertreten, im laufenden Wahlkampf zu unterstützen. Hierbei werden wir über die Parteigrenzen hinweg ca. 10-20 Politiker (je nach Budget), die sich ausdrücklich für unsere Ziele einsetzen und sich klar im Wahlkampf dazu bekennen, in ihrem Wahlkampf **personell, organisatorisch** und **finanziell unterstützen**.

Unsere Unterstützung wird insbesondere in folgenden Bereichen erfolgen:

- Mithilfe bei der Organisation von Wahlkampfveranstaltungen durch Stellung von Mitarbeitern und Wahlkampfhelfern und deren Finanzierung
- organisatorische, redaktionelle sowie finanzielle Kampagnen in Zeitungen und Zeitschriften sowie sonstiges Wahlkampfmaterial
- direkte finanzielle Unterstützung auf Wahlkampfspendenkonto gegen Verwendung und gesetzlich vorgeschriebenen Nachweisen

Die Auswahl der zu unterstützenden Politiker und ihren Aktionen wird durch ein Clearingkomitee, bestehend aus:

**Peter Schrum, Martin Tauschke** sowie einem unabhängigen **Rechtsanwalt**

durchgeführt.

Wenn Sie direkt oder indirekt **wirtschaftlich** oder aus Überzeugung Biokraft- und Treibstoffe sowie Photovoltaik nebst der politischen Rahmenbedingungen im EEG, im Mineralölsteuergesetz §2a sowie im EnWG als Wahlkampfthemen für ausgewählte Politiker **unterstützen** wollen, bitten wir Sie, sich unserer Initiative anzuschließen und schnellstmöglich unser Mitglied zu werden.

Wir bitten Sie um **schnelle Unterstützung, damit noch rechtzeitig viel bewegt werden kann**.

**Finanzielle Unterstützung kann ab sofort auf das Konto:**

Kontoinhaber:	Wählerinitiative Biokraft- und Treibstoffe + PV
Kontonummer:	0 333 799
Bankleitzahl:	100 700 24
Bankinstitut:	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Berlin
Verwendung:	„Firma / Name Wählerinitiative 2005“

geleistet werden.

Bitte senden Sie uns per Fax nachfolgenden Bogen zurück, damit wir mit Ihrer Hilfe die Erneuerbaren Energien in ihren Kernelementen Biokraft- und Treibstoffe sowie Photovoltaik unterstützen können.

Sie können wählen, ob Sie als Mitglied der Initiative offiziell auftreten oder indirekt unterstützend tätig sein wollen.

Wir, die Unterzeichner und Gründer der Wählerinitiative, werden selbstverständlich auch unsere finanziellen und persönlichen Beiträge leisten und die Organisation ehrenamtlich durchführen.

Für eine ordnungsgemäße Mittelverwendung unter Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen wird ein unabhängiger Rechtsanwalt Sorge tragen und die Abrechnungen kontrollieren.

Die finanzielle Unterstützung kann durch das Mitglied im eigenen Ermessen erhöht werden. Spendenbescheinigungen können aus rechtlichen Gründen nicht ausgestellt werden.

Selbstverständlich erhalten Sie nach dem 18. September 2005 einen Mittelverwendungsnachweis, der vom unabhängigen Rechtsanwalt bestätigt wird.

Bis zur Wahl können Sie sich täglich direkt telefonisch an uns wenden, um nähere Informationen über die einzelnen Aktionen zu erhalten.

Bitte handeln Sie **schnell** und unterstützen uns! Nehmen Sie durch unsere Wählerinitiative **direkten Einfluss** auf Ihr wirtschaftliches und politisches Umfeld von morgen und motivieren Sie auch Ihre **Mitarbeiter** für den **Erhalt ihrer Arbeitsplätze** durch Mitgliedschaft zu unserer Initiative.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen !



P. Schrum  
0170 / 330 72 66



M. Tauschke  
0175 / 29 100 40

**Faxantwort:**           **03362 / 88 59 132**

**E-Mail:**               **[unterstuetzung@waehlerinitiative-biopv.de](mailto:unterstuetzung@waehlerinitiative-biopv.de)**

**Anlage :**               **Fax/Mail – Antwort – Vorlage  
Satzung**

## Faxantwort

**Per Fax an:** 03362 / 88 59 130

oder per E-Mail: [unterstuetzung@waehlerinitiative-biopv.de](mailto:unterstuetzung@waehlerinitiative-biopv.de)

**Betrifft:** **Wählerinitiative Biokraft- und Treibstoffe + PV**

Firma: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon / e-mail: \_\_\_\_\_

Ich /wir werden Mitglied der Wählerinitiative und unterstützen diese mit einem Betrag in Höhe von

.....€

Mindestbetrag Einzelpersonen: 50,00 €

Mindestbetrag Firmen und sonst. jur. Personen: 250,00 €

Die Mindestbeträge können im Ermessen des Mitgliedes erhöht werden.

Ich/wir möchten nicht öffentlich genannt werden

Ich/wir können Organisationshilfe im Wahlkreis für folgenden Kandidaten leisten

.....

Den angegebenen Betrag überweise ich bis umgehend an:

Kontoinhaber: Wählerinitiative Biokraft- und Treibstoffe + PV  
Kontonummer: 0 333799  
Bankleitzahl: 100 700 24  
Bankinstitut: Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Berlin

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift